

Armut von Personen im Erwerbsalter in der Schweiz

Jede 12. Person im Alter von 20 bis 59 Jahren war 2005 in der Schweiz von Armut betroffen. Im selben Jahr galten 4,2% der Erwerbstätigen, die in einem Haushalt leben, dessen Mitglieder zusammen mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten, als Working Poor. Das Phänomen der Armut folgte von 2000 bis 2005 im Grossen und Ganzen der Konjunktur-entwicklung, wobei einige Gruppen von Erwerbstätigen überdurchschnittlich betroffen sind. Dazu gehören insbesondere Selbstständige, allein erziehende Erwerbstätige, Erwerbstätige in kinderreichen Familien, unqualifizierte Erwerbstätige und Personen ausländischer Nationalität.



Working Poor sind Personen, deren Einkommen aus der Erwerbstätigkeit kein menschenwürdiges und sozial integriertes Leben erlaubt. Sie sind in der Schweiz überdurchschnittlich oft in der Hotellerie/Gastronomie und bei privaten Haushalten angestellt.

Bild: Keystone

Die «westlichen» Länder haben in der Nachkriegszeit einen Wirtschaftsboom erlebt, der einen starken Effekt auf die Löhne hatte: Der Reallohnindex der Schweiz erhöhte sich in der Nachkriegszeit und den Jahren des Wirtschaftswunders 1945–1975 um das 2,4-fache. Selbst wenig qualifizierte Erwerbstätige konnten dank bedeutenden Produktivitätsgewinnen einen relativ guten Lohn erzielen.¹ Der technische Fortschritt sowie der Ausbau des Sozialstaates haben die Zunahme der Real-löhne noch verstärkt. Dies erlaubte es, die schlimmsten Formen von Armut – wie Fehlernährung und leicht behandelbare Krankheiten – praktisch auszumerzen. Zur Bestimmung von Armut in einer modernen, stark

monetarisierten Wirtschaft ist deshalb die Frage zu beantworten, welches Einkommen benötigt wird, um ein menschenwürdiges und sozial integriertes Leben zu führen.

Verschiedene Umstände erschweren die Beantwortung dieser Frage, so unter anderem die Einkommensverteilung. In der Schweiz – wie auch in vielen anderen hoch entwickelten Ländern – ist die Einkommensverteilung sehr dicht bei den unterdurchschnittlichen Einkommen, während sie im Bereich der hohen Einkommen sehr dünn ist. Viele Haushaltseinkommen liegen innerhalb einer Bandbreite von wenigen hundert Franken pro Jahr. In der Mehrheit der OECD-Länder – auch in der Schweiz – liegt der Anteil Haushalte, deren Einkommen zwischen 50% und 60% des Medianäquivalenzeinkommens² ausmacht, über 5%.³ Eine leichte Verschiebung der Armutsschwelle kann daher zu Schwankungen in der Armutsquote führen.



Eric Crettaz
Bereich Lebensbedingungen, Bundesamt für Statistik BFS, Neuenburg

Bestimmung der Armutsgrenze

Die Definition einer Armutsschwelle in der Schweiz ist also aus den genannten Gründen schwierig. Will man die Armutsgrenze nicht

1 Vgl. Esping-Andersen (1999); Krugman (1990).
2 Das Medianeinkommen bezeichnet ein Einkommen, bei dem die Hälfte der Bevölkerung darüber und die andere Hälfte darunter liegt. Um die Einkommen von Haushalten verschiedener Grösse untereinander vergleichen zu können, werden die Einnahmen eines Mehrpersonenhaushalts auf den Betrag umgerechnet, über den eine allein stehende Person verfügen müsste, um das gleiche materielle Wohlstandsniveau zu erlangen.
3 Vgl. Förster und Mira d'Ercole (2005).
4 Vgl. Eurostat (2005).
5 Vgl. Atkinson et al. (2002).

willkürlich festlegen, braucht es einen breit akzeptierten Referenzwert. Als eine der wenigen Grundlagen, die für diese Problematik relevant sind, können die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) gelten. Dieses Gremium erlässt Referenzwerte für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe in den Kantonen und Gemeinden. Diese Richtlinien geniessen eine breite Akzeptanz und legen fest, welche Geldbeträge und Leistungen (Nahrung, Kleidung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Kommunikation, Mobilität etc.) in der Schweiz für ein menschenwürdiges und sozial integriertes Leben ausserhalb von Armut benötigt werden. Anhand dieser Referenzgrösse lässt sich für die statistische Bestimmung der Armutsgrenze ein Schwellenwert ableiten. Da es nicht das eigentliche Ziel der Skos-Richtlinien ist, Armut zu messen, müssen Annahmen formuliert werden, um diese Richtlinien zu operationalisieren und daraus einen statistischen Wert abzuleiten. Ausgehend davon wird eine so genannte *absolute Armutsgrenze* definiert, die ein fixes Minimaleinkommen (auf einem preisbereinigten Niveau, wie nachstehend noch erklärt wird) darstellt.

Zur Lösung dieser komplexen Aufgabe werden bisweilen auch *relative Schwellen* vorgeschlagen, die das *Armutsrisiko* – gemäss Terminologie des Statistikamtes der EU (Eurostat)⁴ – messen. Ob der Haushalt effektiv arm ist, bleibt in dieser Definition offen.⁵ Oft wird 60% des Medianeinkommens als Referenzwert vorgeschlagen (gemäss EU-Vorschriften). Dieser Indikator wird in naher Zukunft vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht. Für einen besseren Überblick

sollte indes nicht nur das Armutsrisiko (relative Schwelle), sondern auch die effektive Armut (absolute Schwelle) berücksichtigt werden.

Berechnungsmethode in der Schweiz

Zum Existenzminimum gehören mehrere Komponenten, insbesondere:

- die Wohnkosten (namentlich die Miete), die im marktüblichen lokalen Rahmen liegen müssen;
- ein Grundbedarf für die wichtigsten Ausgabenposten wie Nahrung, Getränke, Kleider, Schuhe, Gesundheitskosten, Energieverbrauch, Produkte für Reinigung und Unterhalt, Fahrkosten, Kommunikationsmittel, Körperpflege, Bildung, Freizeit usw.;
- die Kosten der medizinischen Grundversorgung, insbesondere die Prämien für die obligatorische Krankenversicherung.

Wohnkosten

Unter Einbezug der Lage auf dem Wohnungsmarkt sowie der Angaben der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (Sake) werden die Durchschnittsmietpreise (mit Nebenkosten) berechnet. Vorgängig werden die «Luxusmieten» (die teuersten 10%) und die kaum oder gar nicht auf dem Markt verfügbaren Mieten (die billigsten 10%) abgezogen. Um den grossen kantonalen Unterschieden Rechnung zu tragen, werden diese Werte mit einem kantonalen Index multipliziert, der zwischen 0,73 und 1,33 liegt (gemäss Daten der bei 320 000 Haushalten durchgeführten Mietpreisstrukturserhebung 2003). Die Preisentwicklung wird anhand des BFS-Mietpreisindex des entsprechenden Jahres abgebildet.

Grundbedarf für den Lebensunterhalt

Der Grundbedarf wird nach der Haushaltsgrösse abgestuft. Auch hier wird der Preisentwicklung Rechnung getragen, indem ein Subindex des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) verwendet wird, der die von der Skos berücksichtigten Güter und Dienstleistungen beinhaltet.

Prämien für die obligatorische Krankenversicherung

Grundlage hierfür sind die Statistiken des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), das pro Kanton durchschnittliche Grundversicherungsprämien (bei einer Franchise von 300 Franken, einschliesslich Leistungen bei Unfall) berechnet. Diese Beträge werden nach Alter angegeben: Erwachsene, junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren und Kinder. Die Franchise ist bei der Armutsgrenze nicht inbegriffen.

Kasten 1

Definitionen, Armutsschwelle und Datenbasis

Die *Armutsgrenze* wird durch die folgende Summe determiniert:

Grundbedarf + Wohnkosten + Krankenkassenprämien + 100.- Franken pro Haushaltsmitglied ab 16 Jahren (wenn letztere Komponente gestrichen wird, erhält man die Grenze harter finanzieller Entbehrung).

Im schweizerischen Mittel (theoretische Werte, tatsächlich werden kantonsspezifische Grenzen berechnet) ergibt sich für 2005 eine Armutsgrenze von 2200 Franken für eine alleinstehende Person und 4600 Franken für ein Ehepaar mit zwei Kindern.^a

Alle Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren, die in einem Haushalt leben, dessen Einkommen, nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, Arbeitslosenversicherung, 2. Säule, EO usw.) und der Steuern unter der Armutsgrenze liegt, gelten als arm. Erwerbstätige, die in einem Haushalt leben, dessen kumulierter Erwerbsumfang seiner Mitglieder mindestens 36 Stunden pro Woche beträgt, gelten als Working Poor.

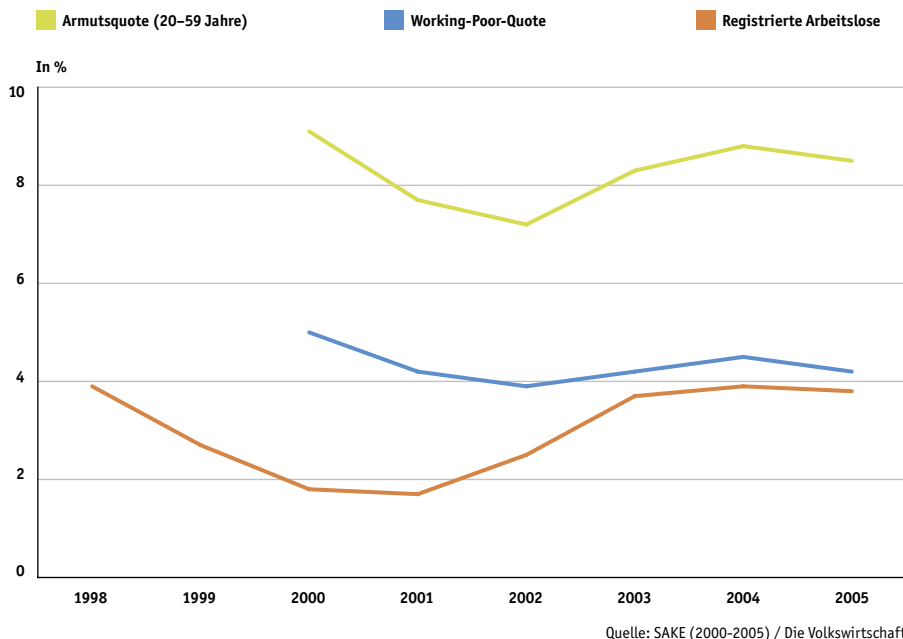
Wichtiger Hinweis: *Der primäre Sektor* – d.h. die Landwirtschaft – wird hier aus methodischen Gründen bewusst ausgeklammert, weil die verwendeten Indikatoren den Lebensstandard dieses Sektors nicht korrekt widerspiegeln, verfügt dieser doch über eine ganz andere Ausgabenstruktur.

Die verwendeten Daten sind diejenigen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (Sake). Diese Erhebung wird seit 1991 jedes Jahr bei einer repräsentativen Stichprobe der ständigen Wohnbevölkerung durchgeführt. Im Jahr 2005 zum Beispiel wurden im Rahmen der Sake 51 791 Personen befragt; 17 330 konnten berücksichtigt werden, da sie die erforderlichen Kriterien erfüllten (Erwerbstätige im Alter von 20–59 Jahren, die ihr Haushaltseinkommen angegeben haben).

a Für die detaillierten Berechnungen vgl. BFS (2007).

Grafik 1

Entwicklung der Armutsquote unter den Personen im Erwerbsalter, der Working-Poor-Quote und der Arbeitslosenquote (registrierte Arbeitslose), 2000–2005



Wie oben angedeutet, ist die Konzentration der Einkommen im hier interessierenden Bereich besonders hoch. Um dieser Schwierigkeit zu begegnen, definieren wir einen *Armutsbereich*. Die Untergrenze des Spektrums bildet die Summe des Grundbedarfs, der Mietkosten und der Prämien für die obligatorische Krankenversicherung und wird als Grenze *harter finanzieller Entbehrung* bezeichnet. Die Obergrenze des Spektrums – die so genannte *Armutsgrenze* – wird ermittelt, indem ein Betrag von 100 Fr. pro Haushaltsmitglied über 16 Jahren zur Bestreitung weiterer notwendiger Ausgaben (z.B. andere oben nicht erwähnte Versicherungsprämien) addiert wird. Um Preisschwankungen mit einzubeziehen, wird dieser Betrag noch mit dem Landesindex der Konsumentenpreise deflationiert.

Ergebnisse

Grafik 1 zeigt die Entwicklung der Armutsquote unter den Personen im Erwerbsalter sowie der Working-Poor-Quote (d.h. Armut unter Erwerbstätigen, die in einem Haushalt mit einem Erwerbsumfang von mindestens 36 Stunden pro Woche leben). Die Armutsquote der 20- bis 59-jährigen Bevölkerung schwankte in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts zwischen 7,2% und 9,1%. Die Working-Poor-Quote lag im gleichen Zeitraum zwischen 3,9% und 5,0%. Nach einem hauptsächlich durch die günstige Konjunktur bedingten deutlichen Rückgang zwischen 2000 und

2002 hat sich die Armutsquote der Personen im Erwerbsalter bei rund 8,5%–9% und die Working-Poor-Quote bei rund 4%–4,5% stabilisiert.

Eine Armutsquote von 8,5% (ca. jede 12. Person) im Jahr 2005 entspricht 360 000 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren. Eine Working-Poor-Quote von 4,2% (ca. jeder 24. Erwerbstätige) entspricht rund 125 000 Erwerbstätigen, die in einem Haushalt mit mindestens einem vollen Erwerbsumfang leben. Somit sind 35% der von Armut betroffenen Personen im Alter von 20–59 Jahren Working Poor. Daraus geht hervor, dass ein höheres Erwerbsumfang innerhalb des Haushalts die Armutsbetroffenheit stark verringern kann. Bei einer Minderheit der Haushalte schützt aber auch (mindestens) eine Vollzeitbeschäftigung nicht vor Armut.

Hauptrisikogruppen der Working Poor

Nachdem das Ausmass des Phänomens der Working Poor quantifiziert und dessen Entwicklung in den Jahren 2000–2005 beschrieben wurde, gilt es nun noch die Risikogruppen zu identifizieren – also das soziodemografische und -professionelle Profil der Personen zu erstellen, die am stärksten von Arbeitsarmut betroffen sind. Die Ergebnisse sind in der *Grafik 2* dargestellt.

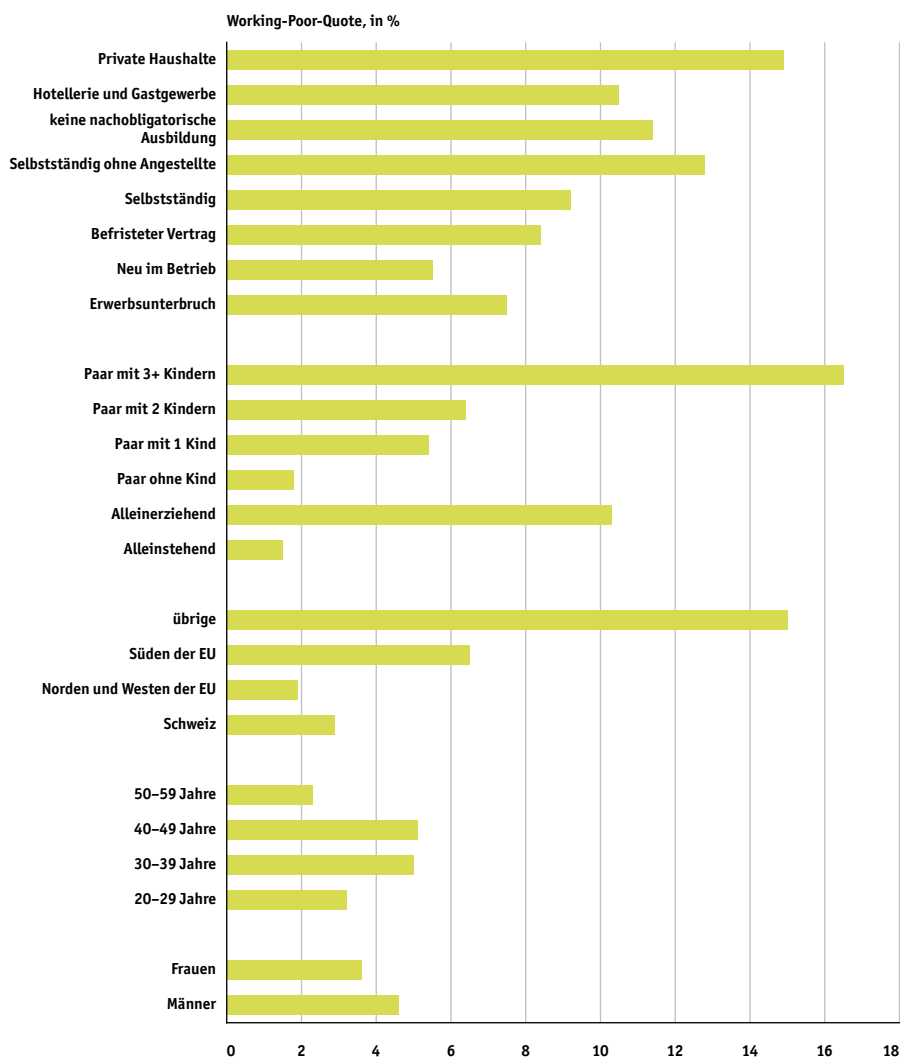
Zunächst ist festzustellen, dass *Männer* häufiger Working Poor sind als Frauen – dies, obschon Frauen im Alter von 20–59 Jahren im Vergleich sämtlichen armer Erwerbstätiger und Nichterwerbspersonen in höherem Masse von Armut betroffen sind, nämlich zu 10,0% gegenüber 7,2% der Männer. Dieses unlogisch scheinende Ergebnis erklärt sich wie folgt: Bei Paaren, wo Frauen erwerbstätig sind, ist in der Regel auch ein beruflich aktiver Partner zu finden, was bei den Männern weniger der Fall ist. Dies deckt sich mit der bereits in anderen Ländern gemachten Feststellung, wonach das Erwerbseinkommen der Frauen viel häufiger einen «Zusatzverdienst» des Haushaltes darstellt als jenes der Männer, was wiederum die Frage nach der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen – insbesondere im Falle einer Trennung – aufwirft.

Mit Kindern erhöht sich das Risiko: Alleinerziehende Erwerbstätige sind viel häufiger Working Poor als Alleinstehende. Und erwerbstätige Paare ohne Kinder weisen ein deutlich geringeres Risiko auf als Paare mit Kindern. Besonders augenfällig ist die sprunghaft ansteigende Gefährdung ab dem dritten Kind. Scheidung und ein drittes Kind stellen somit zwei wesentliche Risikofaktoren dar.

Ausländerinnen und Ausländer sind ebenfalls überdurchschnittlich häufig Working Poor; ihr Anteil beträgt das 2,9-fache der

Grafik 2

Working-Poor-Quote der wichtigsten soziodemografischen und sozioprofessionellen Risikogruppen, 2005



Lesbeispiel: 10,3% der Erwerbstätigen, die in einem Einelternerhaushalt mit mindestens einem 90%-Erwerbseinkommen leben, sind Working Poor.

Quelle: SAKE / Die Volkswirtschaft

8,4% deutlich häufiger Working Poor als die Arbeitnehmenden insgesamt (3,4%). Stark überdurchschnittlich von Armut betroffen sind auch Selbstständige (9,2%) und insbesondere Selbstständige ohne Angestellte (12,8%).

Auch die berufliche Qualifikation spielt eine wichtige Rolle. Die Working-Poor-Quote der Erwerbstätigen ohne nachobligatorische Ausbildung ist 2,7-mal höher als der Durchschnitt (11,4%). Demgegenüber weisen Personen mit einem Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (Berufslehre) eine durchschnittliche (4,2%), Akademikerinnen und Akademiker eine sehr niedrige Working-Poor-Quote auf (1,6%).

Schliesslich erscheinen zwei Branchen besonders stark betroffen: Erwerbstätige in *Hotellerie und Gastgewerbe* sowie vor allem *Personen, die für private Haushalte* arbeiten, verzeichnen eine weit überdurchschnittliche Working-Poor-Quote (10,5% bzw. 14,9%). Eher überraschend ist die ebenfalls erhöhte Gefährdung im *Baugewerbe* (7,6%), einem Sektor, der für seinen vergleichsweise geringen Anteil an Arbeitsstellen im Tieflohnbereich bekannt ist. Daraus geht hervor, dass die betreffenden Erwerbstätigen zwar einen einigermaßen guten Lohn erzielen, dieser jedoch nicht ausreicht, um den Haushaltsbedarf zu decken. Dies dürfte auf den sehr hohen Anteil Männer in dieser Branche zurückzuführen sein (89,2% gemäss BFS-Beschäftigungsstatistik), welche eine höhere Working-Poor-Quote aufweisen als die Frauen, deren Einkommen (sofern sie arbeiten) in Paarhaushalten häufiger als jenes der Männer lediglich einen Zusatzverdienst darstellt.

Schweizer Bevölkerung. Ausländische Staatsangehörige haben im Vergleich zu den Schweizerinnen und Schweizern viel häufiger keine nachobligatorische Ausbildung absolviert und sind öfter in Tieflohnbranchen tätig. Allerdings sind die Unterschiede innerhalb der ausländischen Bevölkerung enorm: Die Nord- und Westeuropäer sind weniger häufig Working Poor (1,9%) als die Schweizer (2,9%), während besonders Nichteuropäer viel öfter betroffen sind (15%).

Bestimmte arbeitsmarktliche Merkmale können die individuelle Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu werden, deutlich erhöhen. Unterbrüche in der Berufslaufbahn (7,5%) – d.h. eine weniger als ein Jahr zurückliegende Wiederaufnahme der Erwerbsarbeit – und die Tatsache, seit weniger als einem Jahr im Betrieb angestellt zu sein (5,5%), erhöhen dieses Risiko. Erwerbstätige mit nicht dauerhaften Arbeitsverträgen sind mit einem Anteil von

Kasten 2

Literaturhinweise

- Atkinson Tony, Cantillon Bea, Marlier Eric, Nolan Brian (2002): Social Indicators. The EU and Social Inclusion. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gosta (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford: Oxford University Press.
- Eurostat (2005): Income Poverty and Social Exclusion in the EU25. Statistics in Focus, Issue 13/2005, Luxembourg: European Communities.
- Förster Michael und Mira d’Ercole Marco (2005): Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s. OECD Social, Employment and Migration Working Papers Nr. 22, Paris: OECD.
- Krugman Paul (1990): The Age of Diminished Expectations: US Economic Policy in the 1990s. Cambridge Mass.; London: The MIT Press.
- Bundesamt für Statistik (2007), Armut von Personen im Erwerbsalter. Armutsquote und Working-Poor-Quote der 20- bis 59-jährigen Bevölkerung in der Schweiz zwischen 2000 und 2005. Neuenburg: BFS.